

16. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Berlin braucht ein Gesamtkonzept für sexuelle Gesundheit

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit den Bezirken, Freien Trägern, niedergelassenen ÄrztInnen und den auf sexuell übertragbare Krankheiten spezialisierten Kliniken ein Gesamtkonzept für sexuelle Gesundheit vorzulegen. In diesem Konzept ist darzulegen,

1. wie sich die inhaltliche Abgrenzung, die praktische Aufteilung und die Zusammenarbeit zwischen den sich in Gründung befindlichen Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung, den bezirklichen Gesundheitsämtern, den Freien Trägern innerhalb und außerhalb des Integrierten Gesundheitsvertrages (IGV), den niedergelassenen ÄrztInnen und den Kliniken bezüglich Prävention und Betreuung gestalten soll,
2. wie sich das Aufgabenprofil der Öffentlichen Hand und der Freien Träger der aufgrund neuer Medikamente verlängerten Lebensperspektive von Menschen mit HIV und Aids verändert hat,
3. wie den anhaltend hohen Neuinfektionsraten von HIV und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten präventiv begegnet werden soll und dabei die allgemeine und die zielgruppenorientierte Prävention verbessert werden kann. Zielgruppenspezifisch hat der Senat insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass
 - eine Berliner Präventionskampagne für Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), erarbeitet und umgesetzt wird,
 - geeignete präventive Maßnahmen bezüglich der hier lebenden und zuziehenden Migrantinnen und Migranten ergriffen werden,
 - alle Berliner Schülerinnen und Schüler jeweils mindestens einmal in ihrer Grund- und weiterführenden Schullaufbahn über sexuell übertragbare Krankheiten ausführlich informiert werden.

Der Senat wird aufgefordert, dem Abgeordnetenhaus bis zum 31. März 2008 ein Rahmenkonzept mit Meilensteinen vorzulegen.

Begründung:

16 Monate nach Inkrafttreten des Gesundheitsdienstereformgesetzes hat der Senat einen Verordnungsentwurf über die Neuregelung der bezirklichen Zuständigkeiten im Gesundheitsdienst vorgelegt. Demnach sollen vier Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung eingerichtet werden. Für die Betreuung von an Aids erkrankten Menschen bleiben weiterhin alle Bezirke über die Beratungsstellen für Menschen mit Behinderungen und chronischen Krankheiten zuständig. Seit 1. 1. 2006 ist der Integrierte Gesundheitsvertrag (IGV), unter dessen Dach sich auch die Freien Träger des LaBAS (Landesarbeitsgemeinschaft der Berliner Aids-Selbsthilfegruppen) e. V. befinden, in Kraft. Diese institutionellen neuen Rahmenbedingungen müssen endlich auch inhaltlich neu gefüllt werden.

Die medizinischen Rahmenbedingungen bezüglich HIV und Aids haben sich stark verändert. Durch neue Kombinationstherapien sind die Lebenserwartungen der an Aids erkrankten Menschen stark gestiegen. Wurden Aids-PatientInnen früher i. d. R. zu FrührentnerInnen mit einer geringen Lebenserwartung, sind sie heute, je nach Therapieerfolg, bereit und in der Lage, am Erwerbsleben teilzuhaben. Dies verändert den Schwerpunkt der Beratung und Betreuung von Menschen mit HIV und Aids durch den öffentlichen Gesundheitsdienst, andere öffentliche Institutionen (z. B. Jobcenter) und Freie Träger. Die Ergebnisse des bundesweiten Entwicklungspartnerschaft „Link Up“ zur Integration von Menschen mit HIV und Aids ins Erwerbsleben sollten berücksichtigt werden.

In Berlin hat sich die HIV-Neuinfektionsrate von 2000 bis 2005 mehr als verdoppelt und verharrt nun seit zwei Jahren auf hohem Niveau. Auch die Infektionen mit anderen sexuell übertragbaren Krankheiten sind gestiegen. Andere Städte reagieren auf diese Entwicklung mit neuen Ideen und teilweise auch mit zusätzlichem Geld. In Berlin wurden dagegen die Mittel gekürzt, und die Verwaltung war durch lang anhaltende Strukturdiskussionen und einem materiellen Abwehrkampf gegen den Finanzsenator vor allem mit sich selbst beschäftigt.

Das veränderte medizinische und gesellschaftliche Erscheinungsbild von HIV und Aids stellt die Prävention bezüglich sexuell übertragbarer Krankheiten insgesamt seit einigen Jahren vor große Herausforderungen. Die beteiligten Institutionen stehen in der internationalen Metropole Berlin nicht nur den BewohnerInnen sondern auch den Gästen Berlins gegenüber in der Pflicht, adäquate Präventionskonzepte zu entwickeln, zwischen den Einrichtungen und Trägern arbeitsteilig abzustimmen und in die Praxis umzusetzen. Während für die allgemeine Prävention auf die Bundeszentrale für gesellschaftliche Aufklärung (BZgA) eingewirkt werden sollte, wirkungsvollere Materialien zu erstellen, muss für Berlin die zielgruppenspezifische Arbeit verbessert werden.

Dabei muss drei Zielgruppen besondere Beachtung geschenkt werden:

- Männer, die mit Männern (MSM) Sex haben, sind in Berlin mit fast 80 Prozent nach wie vor die Hauptbetroffenengruppe der Neuinfektionen mit HIV. Der starke Anstieg der Infektionen seit 2001 ist deutschlandweit und in Berlin vor allem dieser Gruppe zuzuordnen und geht einher mit dem Anstieg anderer sexuell übertragbaren Krankheiten in dieser Zielgruppe. Hier sind neue Ideen der Prävention gefragt. Bereits 2006 haben die Träger des LaBAS e. V. gemeinsam mit einigen Aidsberatungsstellen und niedergelassenen Ärzten eine kleine Gesundheitskampagne für die Zielgruppe „schwule Männer“ erfolgreich durchgeführt. Anknüpfend an diese gemeinsame Erfahrung soll eine neue gezielte Präventionskampagne für schwule Männer dazu beitragen, dass das Gesundheitsbewusstsein bei dieser Zielgruppe neu geweckt wird. Diese Kampagne sollte sich einfügen in die ab März geplante bundesweite Kampagne der BZgA für MSM.

- Migrantinnen und Migranten unterschiedlicher Herkunftssprache fühlen sich durch die Kampagnen der BZgA („Mach´s mit“, „Gemüsekampagne“) kaum angesprochen, weil sie der deutsche Wortwitz der Plakatsprüche nicht erreicht. Hier sollten eigene (Sprach)bilder gefunden werden, die je nach Herkunftsland den „Nerv“ der Zielgruppe treffen. Die Situation der Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus ist bezüglich sexueller Gesundheitsvorsorge besonders prekär und braucht gezielte Angebote. Darüber hinaus ist die Zusammenarbeit mit den jeweiligen Migrantenverbänden und –vereinen bezüglich sexueller Gesundheit und Aufklärung zu verstärken. Seit zwei Jahren beschäftigt sich eine trägerübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Thema „HIV/Aidsprävention mit MigrantInnen“. Deren Arbeitsergebnisse sollten in das Gesamtkonzept für sexuelle Gesundheit einfließen.
- Bisher konzentrieren sich nur noch zwei der bezirklichen Aids/STD-Beratungsstellen in ihrer Region mit Nachdruck und personellem Einsatz auf die Aufklärung zu sexuell übertragbaren Krankheiten in den Schulen. Hinzu kommen die Schulbesuche der Ärztlichen Gesellschaft zur Gesundheitsförderung der Frau (ÄGGF) und einzelne Peer-Education-Initiativen. Dies führte dazu, dass in manchen Schulen einer Region mehrfach Aufklärung zu sexueller Gesundheit stattfindet, in anderen Schulen gar keine.

Zukünftig ist in allen Regionen der Stadt zu gewährleisten, dass, wie in den Rahmenlehrplänen vorgesehen, in allen Grund- und weiterführenden Schulen jeweils mindestens einmal eine Aufklärung zu sexuell übertragbaren Krankheiten stattfindet. Dies könnte beispielsweise durch Zielvereinbarungen mit verabredeten Mindeststandards zwischen den Beteiligten regional sichergestellt werden.

Berlin, den 6. 11. 2007

Eichstädt-Bohlig Ratzmann Birk Kosche
und die übrigen Mitglieder der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen